

# Riesauer Tageblatt



Druckanstalt  
Tageblatt Riesa,  
Grosser Str. 20,  
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beständig bestimmes Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1380.  
Strohof:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 151.

Donnerstag, 2. Juli 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Postgebühren. Für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen am bestimmten Tage und in der bestimmten Nummer wird nicht übernommen. Grundpreis für die 10 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennig; die 8 mm breite Reflektierzeile 100 Gold-Pfennig; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemerkung: Abdruck, wenn der Vertrag erfüllt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftige Unterhaltungsbeiträge werden nicht auf die Zeit der Unterbrechung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäfts-Nr.: 50. Verantwortlich für Redaktion: Ferdinand Zeitgraber, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Macdonalds drittes Jahr.

Ohne daß die britische Öffentlichkeit sonderlich davon Notiz genommen hätte, ist die Labour-Regierung in das dritte Jahr ihres Bestehens eingelaufen. Wie oft haben in den vergangenen zwei Jahren falsche Propheten den Sturz des Kabinetts Macdonald geweissagt! Bestenfalls gab man im Juni 1929, als Ramsay Macdonald in die Downingstreet einzog, dem neuen Kabinett ein Jahr Bewährungsfrist. Jeden Augenblick drohten die Schwachen Pfeiler, auf die sich die Labour-Regierung stützte, zusammenzubrechen. Es war eigentlich in der englischen Parlamentsgeschichte etwas Unerhörtes, daß man der Labour-Regierung fair sein sollte — einer Minderheitsregierung, die bei den Wahlen von 615 Unterhausemitgliedern nur 200 erobern konnte. Da Macdonald von vornherein mit der mächtigen Opposition der konservativen Partei unter Baldwin rechnen mußte, lag das Schicksal der Minderheitsregierung in der Hand der liberalen Partei. Lloyd George, ihr großer Führer, erhielt eine Chance, die er zu nutzen wußte. Die Schiedsrichterrolle, die das Schicksal ihm zuschob, umgab ihn noch einmal mit dem Glanz seiner früheren Jahre. Die Regierung Macdonald lebt noch immer, und man ist allmählich etwas skeptisch geworden gegenüber den Unfehlbaren jenseits des Vermeinfenals.

Ramsay Macdonald hat entschieden aus den Erfahrungen seiner ersten Ministerzeit im Jahre 1924 Nutzen gezogen. In seinem Kabinett sitzen politische Riesen, die das britische Ansehen zu mehren wußten. Die Gestalten des britischen Außenministers Arthur Henderson und des Schatzministers Snowden haben sich scharf vom politischen Horizont abgehoben. In ihrer Gesellschaft konnte es der vorsichtige Macdonald wagen, schwierigen außenpolitischen Problemen mit Aussicht auf Erfolg zu begegnen. Sein Vertrauen hob sich gleich in den ersten Monaten seiner Regierungstätigkeit, als es ihm gelang, mit den Vereinigten Staaten von Amerika in der Plattenfrage zu einer Verständigung zu gelangen. Das britische Weltreich mußte sich dabei natürlich zu Zugeständnissen bequemen. Die Freundschaft mit Amerika war jedoch einen Witzgang nach Washington wert. Außerordentlich rühmlich zeigten sich auch die britischen Minister — vor allem der fürorrige Snowden — im Haag, als die Sachverständigen über die Verhandlungen des Neuen Plans berieten. Internationalen Zuschauern war es damals schon klar, daß die Labour-Regierung fest im Sattel saß. Das folgende Jahr brachte die Londoner Plattenkonferenz, jene Zusammenkunft der Sachverständigen, von denen man jähbare Verhandlungserwartungen erwartete. Die britischen Minister spielten auch damals vor und hinter den Kulissen eine bedeutende Rolle. Wie hoch das internationale Ansehen des Außenministers Henderson allmählich stieg, sieht man am besten daraus, daß der Völkerbundrat ihn zum Vorsitzenden der großen Abrüstungskonferenz bestimmte, die im Februar 1930 in Genf zusammentrat. Selbstverständlich vermochte es die Regierung Macdonald nicht, die zentralen Kräfte innerhalb des britischen Weltreiches zu unterdrücken. Dazu reichten die Kräfte nicht aus. Scherlich hätte aber auch eine andere Regierung Besseres erreichen können. Es gelang doch immerhin Macdonald, mit den indischen Nationalisten unter Gandhi zu einer Verständigung zu kommen. Die ersten Schritte zum Dominion „Indien“ hin sind getan. Ein Fortschritt, wenn auch die Verwirklichung dieser politischen Idee vielleicht noch sehr in der Ferne liegt. Das sich die Beziehungen zwischen Deutschland und England in den letzten Jahren herlicher gestaltet haben und ganz zuletzt noch durch das Besetzen von Cuesquera eine Vertiefung erfahren, braucht nur kurz erwähnt zu werden.

Wenn in der Außenpolitik die Labour-Regierung mehrfach außerordentlich glücklich operierte, so kann man das gleiche nicht von ihrer Innenpolitik sagen. Macdonald erlangte seinen sensationellen Wahlerfolg am 29. Mai 1929 nicht zuletzt dadurch, daß er den Wählern die baldige Beseitigung der Arbeitslosigkeit versprach. Das Versprechen hielt er nicht — konnte er nicht halten, weil die weltwirtschaftliche Krise sich von Tag zu Tag mehr verschlimmerte. Die radikalen Parteirezepte blieben unausgeführt, und das ist einer der Gründe, der den Labour-Leuten die Sympathie der englischen Wählermassen verlor. Alle Nachwahlen, die in der letzten Zeit vorgenommen werden mußten, zeigten ein bedenkliches Abwandern der Massen von der Labour-Partei. Diese Erscheinungen stimmen bedenklicher, als die Ursache, die der junge Mosley in die Reihen der Arbeiterpartei hineintrug. Der inneren Einheit der Labour-Partei hat der Spaltungsausruf Mosleys und seiner Gefolgschaft nicht viel anhaben können.

Ein marxistisches Regiment, wie die Wähler von 1929 vielleicht erhofften, hat Macdonald selbstverständlich nicht aufrichten können. Er sah sich überall gehandicapt durch die Tatsache, daß seine Regierung ja auf die parlamentarische Unterstützung der Liberalen angewiesen war. Was sich in einzelnen Streitfragen beiseite stellen ließ, war ein Kompromiß. Ein Kompromiß, das zwar über die augenblicklichen politischen Schwierigkeiten hinweghalf, das aber weder die Gefolgschaft Macdonalds auf dem platten Lande noch die liberalen Nachbarn befriedigte. Ein Jongleur vermag zwar seine Zuschauer zu Beifallsstürmen hinzureißen. Die Kunststücke eines politischen Jongleurs üben aber eine gegenwärtige Wirkung aus. Man vermischt so mit Recht die klare und gerade Linie der Labour-Regierung in der Innenpolitik. Nur mit größter Anstrengung konnten die Klappen der Wahlrechtsreform und des Bodensteuergesetzes in den letzten Wochen umschifft werden. Eine solche Politik

## Reine neuen Zugeständnisse Amerikas.

Pariser Entscheidung nochmals vertagt.

### Das letzte Wort Amerikas.

Washington, 2. Juli.

Das Staatsdepartement veröffentlichte gleichzeitig mit Paris das Memorandum, das der amerikanische Botschafter in Paris gefaßt und von Mellon dem französischen Ministerpräsidenten Laval übergeben wurde. In diesem Memorandum wird der Standpunkt Amerikas zu den gegenwärtigen Verhandlungen schriftlich fixiert. Unterstaatssekretär Castle bemerkte hierzu, diese Veröffentlichung bedeute keinen Abschluß der Diskussion, sondern habe lediglich den Zweck, daß Frankreich daraus ersehe, daß Amerika in gewissen Punkten nachgeben und nachgeben werde, in anderen aber nicht nachgeben könne. Castle fügte hinzu, die französische Regierung habe das Memorandum durchaus freundlich aufgenommen, und eine weitere Konferenz zwischen Mellon und Laval sei für Donnerstagabend anberaumt. Bezüglich der von Frankreich geforderten Konzession in der Frage der Garantiefonds wies Castle darauf hin, daß Frankreich nur die Zustimmung der Youngplan-Kommission zum Verzicht auf die Garantiefonds brauche, daß aber, falls Frankreich verlange, Deutschland solle als eine Bedingung der Durchführung des Hoover-Planes sich verpflichten, im Falle eines Moratoriums den fest geplanten Kredit plus den unausbleibbaren Teil zu zahlen, dies für Amerika unannehmbar sei. Der Geist des Hoover-Planes lasse eine derartige Doppelbelastung nicht zu, selbst, wenn man die bestimmte Hoffnung habe, daß Deutschland kein Moratorium zu erklären brauche.

Castle bestätigte, daß gegenwärtig andere Pläne für den Fall des Scheiterns der Pariser Verhandlungen erwoogen würden. Sie seien aber noch nicht spruchreif und keiner anderen Regierung unterbreitet worden.

### Die gestrige Pariser Nachmittagsitzung.

Paris, 1. Juli. Die französisch-amerikanischen Verhandlungen über den Vorschlag des Präsidenten Hoover wurden heute nachmittags 15,15 Uhr im Innenministerium fortgesetzt. An der Sitzung nahmen teil: Schatzminister Mellon, der amerikanische Botschafter Egan, Ministerpräsident Laval, Außenminister Briand, Finanzminister Flandin und Unterstaatssekretär Francois Ponce. Im Laufe der Sitzung kam der Budgetminister Pietri hinzu. Die Sitzung dauerte bis 17 Uhr. Eine neue Sitzung ist für morgen abend 9,30 Uhr anberaumt worden.

### Der heutige französische Ministerrat.

Paris, (Funkdruck.) In dem heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik abgehaltenen Ministerrat erhaltete Ministerpräsident Laval ein Exposé über den Stand der französisch-amerikanischen Verhandlungen. Im Anschluß daran wurde die gestern überreichte Denkschrift der Regierung der Vereinigten Staaten geprüft.

### Der Matin

#### Über den Inhalt der amerikanischen Denkschrift.

In Paris, 1. Juli. Der Matin beschäftigt sich in der Mitternachtsausgabe als erstes Pariser Blatt mit der Denkschrift des Präsidenten Hoover, die der französischen Regierung am Mittwoch nachmittags durch den Schatzminister Mellon bekanntgegeben worden ist. Die Zeitung glaubt, in großen Zügen den Inhalt des Dokumentes übersehen zu können und gibt daraus im einzelnen folgende Wiedergabe: Der amerikanische Präsident hat noch einmal die Umstände dargelegt, die ihn zu seinem Schritt veranlaßt haben, worauf er Frankreich noch einmal empfiehlt, von Deutschland die Rückzahlung der Anleihe der BZ, nicht anders als in einem angemessenen Zeitpunkt zu fordern. In der Forderung der französischen Regierung, daß die für Deutschland bewilligte Anleihe als Garantie für den Fall der Erklärung des Youngamortatoriums dienen soll, hat Frankreich beunruhigt, daß die BZ einzuzahlen haben würde, erklärt der Präsident, daß er nicht die Möglichkeit sieht, gleichzeitig Deutschland in den Genuß der Anleihe zu setzen und die gleiche Anleihe in der BZ festzulegen. Ganz allgemein

folgt Stimmen. Macdonald verheißt sich nicht, daß seine Lage in der Downingstreet gesüßter ist. Auch seine liberalen Beifahrer erlitten durch ihre Politik schmerzliche Verluste. Es konnte den alten Lloyd George nicht gleichgültig lassen, daß sich liberale Kämpen, wie Lord Simon (der Vorsitzende der Kommission, die den Indierbericht verfaßte)

glaubt der Präsident, daß es unmöglich sei, die sich in Deutschland fühlbar machende Krisengefahr zu beseitigen, wenn man sich in ein lauges, schwieriges und kompliziertes Verfahren setze. Schließlich bricht der amerikanische Präsident seine Vereinfachung aus, die Besprechungen mit Frankreich fortzuführen, da ohne Frankreich auf diesem Gebiet nichts erzielt werden könne.

### Die französische Kammer geht nicht in Ferien?

Paris, 1. Juli. Die Kammer will erfahren haben, daß die Regierung entgegen anders lautenden Gerüchten, das Parlament nicht morgen oder übermorgen in die Ferien schicken werde, sondern zunächst den Abschluß der mit Washington geführten Verhandlungen abwarten wolle.

### Die Entscheidung liegt bei Amerika.

Berlin, 2. Juli. Hoover hat durch den amerikanischen Botschafter in Berlin die Berliner Regierung zur Stellungnahme in der Frage des Moratoriums ersucht, namentlich nach der Richtung, wie die Berliner Regierung die Einwände der französischen Regierung beurteile. Die wir erfahren, hat der Reichskanzler von einer Stellungnahme abgesehen und der amerikanischen Regierung die Entscheidung überlassen. Die Regierung hat lediglich sich dahin geäußert, welche Wirkungen das von Hoover gedachte Moratorium und ein Teilmoratorium auf Deutschland haben könne.

### Benizelos zur griechischen Antwortnote.

Atten. In der gestrigen Kammerdebatte wurde Ministerpräsident Benizelos über die durch die Exzerption geforderte Lage Griechenlands interpelliert, und er gab in seiner Erwiderung einen interessanten Kommentar zur griechischen Antwortnote an Amerika. Der Schritt Amerikas, so erklärte er, bedeute eine großzügige Handlung zu Gunsten Deutschlands, aber er erregte sich auch auf die Reparationen, die aber aus dem Spiele gelassen worden wären, wenn Amerika an der Hoover Vereinbarung teilgenommen hätte und die Folgen überleben könnte, die durch diese Mittelbesetzung der Reparationen entstehen. Ich bin sicher, sagte Benizelos hinzu, daß die amerikanische Regierungserklärung der Untertanis des Umhandes erfolgt sei, daß Griechenland 76,5 Prozent der von Ungarn und Bulgarien erzielten Zahlungen erhalte zum Wiederaufbau seines durch einen 10-jährigen Krieg und mannigfaltige Katastrophen schwer geschädigten Staatseigentums. So wird der amerikanische Vorschlag, der doch eine Erleichterung für die heimgekehrten Länder bedeuten soll, dazu führen, daß zwar die wirtschaftlich so außerordentlich geliebte Tschekoslowakei 70 Millionen einpart, und Ungarn, dessen Etat im Gleichgewicht ist, 140 Millionen, Bulgarien sogar eine Ermäßigung von 180 Millionen erhält, während Griechenland 230 Millionen in diesem Ferienjahr an Verlust haben würde.

Nachdem Benizelos die Folgen dieses Verlustes eingehend erläutert hatte, verwies er darauf, was die griechische Antwortnote bedeute, Griechenland könne den amerikanischen Vorschlag nur dann akzeptieren, wenn er für Griechenland modifiziert würde, beziehungsweise dem Lande dieselben Erleichterungen gewähre, wie allen anderen. Ich bin mir dessen bewußt, sagte der Ministerpräsident, daß schwerwiegender Schritt eine Opposition gegen den Hooverplan bedeute.

### Noch kein neuer Hoover-Vorschlag.

Berlin, 2. Juli. Der amerikanische Botschafter teilt mit: Kein Vorschlag im Sinne eines ergänzenden Angebotes des Präsidenten Hoover an die verschiedenen Staaten, wie er in deutschen Zeitungen veröffentlicht wurde, ist von der amerikanischen Regierung an England, Italien oder Deutschland gemacht worden. Das amerikanische Staatsdepartement im Auftrage des stellvertretenden Staatssekretärs demontiert die oben erwähnte Nachricht. Sollte eine Veränderung im Zusammenhang mit der vom Präsidenten Hoover vorgeschlagenen Suspension der Zahlungen zu irgend einer Zeit in Erwägung gezogen werden, so würde sie zuerst Frankreich mitgeteilt werden.

Brown und Hutchison von dem Gros der Partei trennten und jetzt eigene Wege einschlagen.

Unter diesen Umständen beginnt nun das dritte Jahr Macdonalds. Daß es glücklicher für die Labour-Regierung auslaufen wird, wegen heute nicht einmal mehr die glühendsten Optimisten zu hoffen.